

MANFRED BEHREND

Stalins Konterrevolution in Spanien und der gescheiterte Schauprozeß von Barcelona

Manfred Behrend – Jg. 1930, Historiker und Journalist, Dr. phil., Studium in Berlin, Forschungen und Publikationen wesentlich zur BRD-Parteiengeschichte und zu den ostdeutschen Parteien und Bürgerrechtsbewegungen, zum Konservatismus, zu Rechtsextremismus und Neofaschismus, zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung.

Die bedrückenden Tatsachen über Stalins Terror lassen es tröstlich erscheinen, daß damals wenigstens ein Schauprozeß, der in Barcelona, fehlgeschlug. Das republikanische Spanien stand in einem verzweifelten Abwehrkampf gegen den Faschismus. Gleichzeitig gab es Auseinandersetzungen darüber, ob dieser Kampf mit der sozialen Revolution verbunden werden sollte oder nicht. Die zur Revolution erforderlichen Maßnahmen reichten von der kostenlosen Aufteilung des Bodens an die Bauern über Arbeiterkontrolle und Leitung der Fabriken durch die Beschäftigten bis zur Dekolonialisierung Spanisch-Marokkos. Das Verlangen danach war zunächst allen Linken gemein. Auch die Kommunistische und die Sozialistische Partei hatten solche Forderungen erhoben, sie aber unter dem Druck bürgerlicher Bündnispartner beim Volksfrontabkommen vom 15.1.1936 fallengelassen. Große Teile der Arbeiter- und Bauernschaft, die im Juli selben Jahres die Republik vor rechten Putschisten retteten, behielten die Forderungen bei und suchten sie in ihrem Bereich zu verwirklichen. Erfolgreich waren sie vor allem in Katalonien und Aragon, einem Gebiet, in dem damals Anarchisten und die Arbeiterpartei der Vereinigten Marxisten (POUM) die Macht innehatten.

Bürgerlich-liberale und stalinistische Kräfte wandten sich zusammen mit rechten sozialistischen und anarchistischen Führern gegen die Revolutionstendenzen. Für sie und besonders für die Sowjetunion und KP charakteristisch war die Spekulation auf ein Bündnis mit England und Frankreich, weshalb diese beiden Länder nicht verschreckt werden durften. Zudem befürchtete Stalin von einer siegreichen Revolution in Spanien Rückwirkungen auf die konterrevolutionär gewordene UdSSR. Sein Mißtrauen erhöhte sich durch die Ablehnung, die linke Anarchisten und die POUM der Moskauer Prozeßfarce gegen die alten Bolschewiki entgegenbrachten.

Bald nach Niederschlagung des Franco-Putsches im größeren Teil Spaniens begann dort ein bürgerlich-stalinistisch-rechtssozialistischer Feldzug gegen Revolutionsanhänger. Hierzu gehörte, daß die Handlungsfreiheit kollektivierter Betriebe eingeschränkt, bürgerliche Geschäftemacher begünstigt, die Entwaffnung der Arbeiter versucht und eine Volksarmee bürgerlichen statt revolutionären Typs aufgebaut wurden. Im Spätherbst 1936 waren die POUM-Gruppe in Madrid illegalisiert und der wichtigste Führer der Partei, Andres Nin, aus der katalanischen Regionalregierung

Der Diskussionsbeitrag basiert auf dem Artikel »In Spanien stand's um unsre Sache schlecht...« 60 Jahre nach dem Barrikadenkampf in Barcelona in: Hintergrund, Osnabrück, Nr. 1/1997, S. 36-60.

entfernt worden. »Was Katalonien betrifft«, versicherte die Moskauer »Prawda« am 17.12.1936, »so hat die Säuberung von Trotzisten und Anarcho-Syndikalisten begonnen; sie wird mit derselben Energie gehandhabt werden, mit der sie in der UdSSR betrieben wurde.«

Notwendig hierzu war die Unterwerfung Kataloniens. Sie wurde durch einen von Regierungs- und KP-Seite inszenierten Putsch eingeleitet, den Stalintreue bis heute den Revolutionsanhängern in die Schuhe schieben. Am 3.5.1937 versuchte der Kommissar für Öffentliche Ordnung in Barcelona, Eusebio Rodriguez, ein Mann der KP-nahen PSUC, mit einem Kommando Sturmgardisten die Telefonzentrale der Stadt zu besetzen. Diese befand sich seit der Niederschlagung des Franco-Putsches unter anarchistischer Arbeiterkontrolle. Die Anarchisten setzten sich gegen Rodriguez zur Wehr; das städtische Proletariat kam ihnen zu Hilfe. Es folgte ein mehrtägiger Barrikadenkampf. Er endete wegen Unentschlossenheit vieler Revolutionäre mit deren Niederlage. Zu den Auswirkungen zählten die Beseitigung der katalanischen Autonomie, die Auflösung der Arbeitermilizen und die Beendigung der Arbeitermacht, ein »roll back« der bäuerlichen Landnahme und der – meist freiwilligen – Kollektivierung, der Sturz des sozialistischen Ministerpräsidenten Largo Caballero, der sich gegen sowjetische Einwirkungen auf die spanische Politik zur Wehr gesetzt hatte, das Verbot der POUM und der anarchistischen »Freunde Durrutis«.

Schon im Januar 1937 hatten Stalins Agenten die Jagd auf unliebsame ausländische Antifaschisten in Katalonien begonnen. Zur Zeit der Barrikadenkämpfe ermordeten sie den legendären italienischen Anarchisten und Antistalinisten Camillo Berneri und den Sekretär der spanischen Libertären Jugend, Alfredo Martinez. Nach den Kämpfen verschwanden Hunderte linke Kommunisten, Anarchisten und Sozialisten in den Gefängnissen und Folterkellern des NKWD in Spanien. Gleichzeitig säuberte die neue Regierung Negrín Streitkräfte und Volkstribunale von Revolutionären, wurden Sondergerichte Stalinschen Musters installiert und jedwede Kritik an der UdSSR unter Strafe gestellt. Ein spezielles Terrorkommando aus NKWD- und KP-Vertretern entführte, folterte und ermordete Andres Nin, der als ehemals führender Kominternfunktionär, zeitweiliger Anhänger Trotzki und illusionsloser Kritiker der blutigen Moskauer Justizfarce den Herren im Kreml besonders verhaßt war.

Gleich Nin war die gesamte POUM-Exekutive verhaftet worden. Gegen sie wurde ein den Moskauer Prozessen ähnliches Gerichtsverfahren zu inszenieren versucht. »Beweise« lieferte die spanische Filiale des sowjetischen Geheimdienstes. Nach der Ermordung Nins hatte sie, um seine angebliche Flucht zu Franco oder Hitler zu belegen, eine Tasche mit deutschem Geld und mit Gestapo-Dokumenten präsentiert, die zuvor aus Archiven entwendet worden waren. Jetzt spürte sie wie von ungefähr einen Koffer mit Dokumenten über die angebliche Kollaboration der POUM mit den Faschisten auf; zur Bequemlichkeit der Fahnder waren diese Papiere teilweise mit dem Siegel der POUM-Militärkommission versehen. Außerdem legte der NKWD u. a. ein Schreiben vor, auf

dem mit unsichtbarer Tinte vermerkt war, »A. N.« sei ein verlässlicher Agent für die Fünfte Kolonne der Faschisten. Dieser »A. N.«, wurde behauptet, sei ganz bestimmt Andres Nin.

Die Gerichtsverhandlung gegen die POUM in Barcelona dauerte vom 11. bis 22.10.1938. Moskaus Ziele waren in der Anklageschrift enthalten, die eine Verurteilung wegen Urheberchaft für die Barrikadenkämpfe 1937, Spionage für die spanischen und deutschen Faschisten sowie wegen Zusammenarbeit mit diesen verlangte. Hierdurch sollte die von der POUM vertretene Richtung im Kommunismus, der auch die deutsche KPD-Opposition angehörte, dauerhaft diskreditiert, das terroristische Vorgehen der Stalinisten gegen sie gerechtfertigt werden. Als Staatsanwalt fungierte im Verfahren ein spanischer NKWD-Agent. Ihm standen Belastungszeugen mit wenig Skrupeln zur Verfügung, deren geistige Fähigkeiten z.T. allerdings gering waren. Das Tribunal wurde von Moskau und einheimischen Parteikommunisten bedrängt, die an der Front und in Betrieben eine Kampagne zur »konsequenten Abrechnung« mit den angeblichen »Trotzkisten der POUM« organisierten. Der rechtssozialistische Regierungschef Negrín forderte, sich hierauf berufend, die Köpfe der Angeklagten.

Trotz vielfältiger Rückschläge an der Front und im Hinterland war aber die spanische Republik – anders als die UdSSR – immer noch ein relativ freies Land. Ihre Bewohner konnten zwischen Wahrheit und Lüge unterscheiden und das auch artikulieren, wenngleich nicht mehr in der unterdes gleichgeschalteten Presse. Zudem übten französische Intellektuelle Solidarität.

Bereits im Vorfeld des Prozesses scheiterte der Versuch des Staatsanwalts, ein Amalgam zwischen diesem und einem gegen Franco-Anhänger gerichteten Verfahren herzustellen. Zugleich widersetzte sich Justizminister Pena dem Appell Negríns, die Angeklagten hinzurichten. Er wies den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes an, »alle Petitionen dieser Art in den Papierkorb zu werfen«.

In der Verhandlung bezogen die Angeklagten Offensivpositionen, woran das Gericht sie nicht hinderte. Sie widerlegten die Lügen über Spionage für und Kollaboration mit den Faschisten, verteidigten die eigenen Handlungen einschließlich des Abwehrkampfes von 1937 und beschuldigten das NKWD und Stalin, Provokationen verübt und Nin ermordet zu haben. Die Belastungszeugen erlitten eine Abfuhr. Zur Entlastung der POUM-Vertreter trugen u. a. der frühere Ministerpräsident Caballero, die ehemaligen Minister Federica Montseny, Manuel de Irujo und Julián Zugazagoitia sowie der Ex-Botschafter in Paris, Araquistain, bei. Sie rechtfertigten die Angeklagten als tadelsfreie Revolutionäre. Caballero konstatierte, er sei mehrfach zur Festsetzung der POUM-Führer und zum Verbot ihrer Partei aufgefordert worden, habe aber nicht fünfzig Jahre gekämpft, damit es möglich sei, Menschen ohne Beweise zu verhaften.

Obwohl es hinsichtlich der ausgesprochenen Haftstrafen bis 15 Jahre ungerecht war, krönte das Urteil den Prozeß. Das Tribunal begründete darin die mit Rücksicht auf Moskau verhängten Strafen in Schwejscher Manier. Es warf den POUM-Führern vor, sie hät-

ten »ihre Partei überall durchsetzen« wollen und fälschlich behauptet, »die Regierung der Republik empfangen von Moskau Befehle«, als ob nicht Ersteres bei sämtlichen Parteien Usus und das Zweite die reine Wahrheit war. Die Anklagevertretung und deren Hintermänner wurden vom Gericht hart attackiert. Die vorgelegten Beweise, erklärte es, hätten keine Aussagekraft; die geltend gemachte Notverordnung, die Urteile mit rückwirkender Kraft erlaubte, gelte hier nicht, da sie allein Spionagefälle betreffe. Die POUM habe weder zu Franco noch zu polizeilichen und militärischen Stellen eines fremden Staates – Deutschlands – Kontakt gehabt. Sie genieße ein hohes und bewährtes antifaschistisches Ansehen, habe sich politisch und militärisch verdient gemacht und sei nicht Urheber des Zusammenstoßes vom 3.5.1937 in Barcelona gewesen.

Der führende Kominternvertreter in Spanien, Palmiro Togliatti alias Ercoli, wertete das Ergebnis als skandalös. Tatsächlich hätte kein Verfahren im unmittelbaren Machtbereich Stalins so ablaufen und enden können. Wer in der aktuellen Diskussion bestreitet, daß es in Spanien einen »Moskauer Prozeß« gab, hat völlig Recht. Es gab nur den Versuch dazu, und hierbei haben sich die Stalinisten redlich Mühe gegeben. Daß der Versuch scheiterte, lag an der damaligen politischen Lage in Spanien und an jenen, die das Ränkespiel des NKWD durchkreuzten. Das Prozeßprotokoll ist bisher nur in Spanisch veröffentlicht worden. Eine deutsche Ausgabe wäre auch im Hinblick auf weitere Auseinandersetzungen mit Geschichtsfälschern verdienstvoll.

Stalin und seine Anhänger erlitten im Prozeß von Barcelona einen unerwarteten Mißerfolg. Die Verurteilten konnten in den Wirren des Zusammenbruchs der spanischen Republik den stalinistischen und faschistischen Häschern entkommen. Das traurige Ende der Republik aber war ein schwerwiegender Schlag, der gleichermaßen das spanische Volk, die internationale Arbeiterbewegung und den Weltfrieden traf. Es wurde durch den Krieg der stalinistischen Konterrevolutionäre im Hinterland mitverursacht.